

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Herausgeber: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgesparte Koloniehalle 40 Pf., für Mitglieder 30 Pf.
Schluß für Anzeigen: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!

Zur Reichsversicherungs-Ordnung.

Der Bundesrat hat nunmehr am 7. März den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung unter verschiedenen Wänderungen desselben genehmigt. Am 14. März ging der abgeänderte Entwurf dem Reichstag zu; dieser wird nach den Osterferien, vermutlich in der zweiten Hälfte des April, in die erste Beratung eintreten. Ein volles Jahr war der Regierungsentwurf der Kritik der Öffentlichkeit preisgegeben und wurde allseitig stark bekämpft. Mit Rücksicht auf leichtere Tatsache durfte man gewissermaßen gespannt sein, wie er aus den Beratungen des Bundesrats hervorgehen werde, nachdem verschiedentlich Mitteilungen durch die Presse gingen, daß nicht unbedeutende Abänderungen getroffen werden sollen. Es kam so, wie es mit ziemlicher Sicherheit im voraus zu erwarten war. Die Einsprüche und Proteste der Versicherten blieben unberücksichtigt. In der Hauptsache fanden die Unternehmerverbände und Berufsgenossenschaften sowie die Arzte mit ihren Protesten Gehör vor den verbündeten Regierungen. Die Forderungen der Arzte interessieren uns hier zunächst nicht. Die Berufsgenossenschaften und die mit ihnen verbündeten Unternehmerverbände nahmen tüchtig gegen die Organisation der im ersten Entwurf vorgesehenen Versicherungsämter und gegen die geplante Rentenfestsetzung Stellung. Der Bundesrat gab in diesen zwei Fällen den Protesten statt. Bei der Organisation der Versicherungsämter wurde die Angleichung derselben an staatliche oder gemeindliche Behörden im Sinne der Protestler geregelt.

Im zweiten Falle wurde der Entwurf dahin abgeändert, daß es im wesentlichen bei der bisherigen Rentenfestsetzung der Berufsgenossenschaften bleiben soll. Nach dem Entwurf sollten beinahe alle Versicherungsämter unter Beziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl beratend und gutachtlisch bei der erstmaligen Rentenfestsetzung beteiligt sein. Wörtlich heißt es dort in der Begründung wie folgt:

"Das Versicherungsamt, das den Verhältnissen des Einzel-falles am nächsten steht, muß den ersten Angriff der Sache haben. Es sammelt als völlig unbeteiligte, aber sachkundige Stelle das ganze erforderliche Material, gibt dem Versicherten Gelegenheit zum Vorbringen seiner Wünsche und Beweismittel, verhandelt mit ihm unter Beziehung von Arbeitgebern und Versicherten in paritätischer Beziehung und gibt dann die gesamten Vorgänge mit einem eigenen begründeten Vorschlag an den Versicherungssträger ab. Dieser entscheidet selbstständig, muß aber dem Versicherten in geeigneter Form die Stellungnahme des Versicherungsamtes und, sofern von dessen Vorschlag abweichen wird, die Gründe hierfür mitteilen, damit der Versicherte sein eigenes weiteres Verhalten danach einrichten kann. (Seite 17 der Begründung.)"

Also auch nach diesem Wortlaut wurde an der selbständigen Entscheidung der Berufsgenossenschaften nicht gerüttelt, aber man will sich überhaupt nicht von Dritten in die Karten gucken lassen, deshalb der Protest. Die Arbeiterschaft war selbst mit dieser Fassung nicht zufrieden; doch kann gesagt werden, daß es wenigstens ein Anfang zum Fortschritt war, wenn auch recht unscheinbar. Selbst dieses geringe Zugeständnis an die Versicherten wurde vom Bundesrat gestrichen. Die Unternehmer sollen auch in Zukunft brav unter sich allein und Herr im Hause sein. Der bisherige Schlenker soll auch in Zukunft fortgeführt werden. Um grüne Eis ist natürlich von den vorhandenen und im Laufe der Jahre eingebürgerten Zuständen bei der erstmaligen Rentenfestsetzung nichts zu verspüren. Wer aber mit der Arbeiterversicherung und der Praxis der Berufsgenossenschaften sich befassen muß, der weiß, daß die bestehenden Zustände im Interesse einer gesunden Sozialpolitik für die Dauer unhaltbar sind. Wie verhält es sich denn zurzeit bei den meisten Versicherungssträgern? Nach Ablauf der ersten 13 Wochen vom Unfalltagen an gerechnet wird oder soll eine gutschätzliche Aufhebung des behandelnden Arztes eingeholt werden, die als Unterlage zur erstmaligen Rentenfestsetzung dienen soll, manchmal vergehen aber 20 und noch mehr Wochen, bis dieses Gutachten eingeholt wird. Erstheute das Gutachten für den Verleisten zu günstig nach Lage der Sache, so geht einfach die Berufsgenossenschaft mit der Bezeichnung der Rente hinter dasselbe zurück, oder sie holt ein weiteres Gutachten, womöglich das einer Klinik, ein. Beim Studium der Unfallakten kann man nicht selten finden, daß diese beiden ärztlichen Gutachten recht weit auseinandergehen, so nimmt manchmal der behandelnde Arzt eine Erwerbsbeschränktheit von 70 Proz. die Klinik eine solche von 25 Proz. für die gleiche Verleistung an. Die Berufsgenossenschaft legt natürlich der Rentenfestsetzung das ihr günstigste Gutachten zugrunde, vergibt aber dabei, daß das zweite Gutachten vielleicht ein Vierteljahr später als das erste ausgestellt ist. So vergehen manchmal sechs und sieben Monate, bis der Verleiste endlich in den Genuss der Rente kommt. Leider kommt es noch sehr häufig vor, daß die Krankenkassen nach Ablauf der ersten dreizehn Wochen einfach das Krankengeld einstellen, obwohl noch neueren Entscheidungen diese verpflichtet sind, das Krankengeld auch bei Unfallverleisten über die dreizehnte Woche hinaus zu gewähren, sofern diese noch erwerbsunfähig sind und die Berufsgenossenschaft die Fürsorge noch nicht übernommen hat. Gerade die Zeit von der Einstellung des Krankengeldes bis zur erstmaligen Gewährung der Rente ist für den erwerbsunfähigen oder hochgradig erwerbsbeschränkten Verleisten die reteste Folter. Die Sorge um den Unterhalt der Familie und der ferneren Existenz drückt ihn darunter. Und an diesem Zustand soll auch in Zukunft nichts geändert werden.

Es läge aber jedenfalls weit mehr im Interesse der Versicherten, wie auch der Versicherungssträger, wenn möglichst frühzeitig die Fürsorge für den Verleisten von der Berufsgenossenschaft übernommen würde. Bei Beibehaltung der Versicherungsämter nach dem ersten Entwurf und deren besseren Ausbau nach der Richtung, daß möglichst bald der Unfallborgang hergestellt und die Unterstützungsfrage geregelt würde, hätte eine nennenswerte Besserung des bestehenden Zustandes erreicht werden können. Nicht nur die Versicherten fühlen diesen Zustand als Härte, auch gewisse Arzte sind damit unzufrieden. Vor kurzem erschien im Verlag von Gustav Fischer in Jena eine Broschüre: "Bemerkungen über Unfallbegutachtung und Gutachterwesen", von Privatdozent Dr. Martin Reichardt. Der Autor weist sich dagegen, daß die meisten ersten ärztlichen Gutachten erst drei bis vier Monate später nach dem Unfall ausgestellt, weil sie erst zu jener Zeit eingefordert werden. Als Gründe für die vielen zu lange tretenen Missstände bei der Unfallbegutachtung nennt er: 1. die meist durchaus ungenügende Beschaffenheit der Unfallakten; 2. die Uneinigkeit und Widersprüche in den ärztlich-wissenschaftlichen Ausschöpfungen von den nach dem Unfall zu beobachtenden, sogenannten netzösen Störungen; 3. die Schwierigkeit einer egalitären Begutachtung von Unfallkranken überhaupt. Nach eingehender Erörterung kommt er zu dem Schluss, daß die Berufsgenossenschaft sich stets vom Unfalltag an um alle Verleisten bemühen muß. Sie muß mit den Krankenkassen in Verbindung treten und zusammen arbeiten. Was könnte auf diesem Gebiete geschaffen werden, wenn nicht die Macht der Unternehmer stärker wäre, als der Wille wahrer Sozialpolitiker, und wenn das "muß" Gesetz würde. Vielleicht leistet diese Broschüre unseren Reichstagssitzgeordneten noch erspruchsfreie Dienste.

Bei den Verhandlungen im Reichstag werden sich noch schwere Kämpfe entfalten. Ob der Entwurf der Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen des Bundesrats Gesetzeskraft erlangt, ob noch für uns annehmbare Verbesserungen durchgebracht werden können, kann bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages noch nicht bestimmt gesagt werden. Die Reichsregierung will eventuell den ganzen Entwurf scheitern lassen, wenn an der vorgesehenen Abschaffung der Beiträge bei der Krankenversicherung gerüttelt werden sollte. Damit will Preußen momentan die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen brechen. Wieder einmal preußischer Einfluß. Diese Abschaffung der Beiträge würde aber nicht nur ein 25 Jahre bestehendes Recht der Versicherten schmälern, sondern auch eine Mehrbelastung der Unternehmer durch Erhöhung der Beiträge von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{3}$ in der Höhe von ungefähr 40 Millionen Mark jährlich bedeuten. Für die Arbeiterschaft ist die Vorlage in der gegenwärtigen Fassung unannehmbar.

Wie unsere Steuern aufgebracht und verfan werden.

XIV.

Weinsteuer und Schaumweinsteuer

In dem Steuerbudget, das der Schatzkanzler Shaduw im Jahre 1908 dem deutschen Volke zugebracht hatte, fehlt auch die Weinsteuer nicht, der er eine besondere "sozialpolitische" Begründung mit auf den Weg gegeben hatte; er stellte sie nämlich als einen notwendigen und gerechten Ausgleich für die Branntwein- und Biersteuer hin. Branntwein und Bier sind die Getränke des armen Mannes und des Mittelstandes, breiter Schichten des Volkes, welche durch die auf ihrem Kopf ruhenden Lasten fühlbar getroffen werden; der Weingeschäft ist dagegen ein Luxus, den sich nur die Reichen leisten können; um diese nicht frei auszugehen zu lassen, sondern ebenfalls durch eine Alkoholsteuer zu den Staatseinnahmen heranzuziehen, muß man eine Weinsteuer einführen. Wenn man's so hört, möchte es leichtlich scheinen. Aber bei einer Prüfung der Sachlage stellt sich heraus, daß die Weinsteuer ein unglaubliches Mittel zur Besteuerung der Luxusneigungen reicher Leute ist. Mindestens einer Weinsteuer steuern stehen erhebliche Bedenken entgegen, ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen indirekte Besteuerung des Konsums, deren Gründe früher schon erörtert wurden und hier nicht noch einmal wiederholt zu werden brauchen.

Zunächst sei darauf verwiesen, daß der Wein heute auch in Deutschland nicht steuerfrei ist. Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen haben zurzeit Weinsteuern; im Großherzogtum Hessen ist sie erst seit 1900 aufgekommen worden. In den genannten Ländern ist der Wein ein Volksgetränk, ein Gegenstand des Massentausums. Seine Besteuerung trägt neben den allgemeinen Nachteilen der indirekten Besteuerung noch den besonderen an sich, daß die Überlastung der Steuer vom Produzenten auf den Konsumenten — die eigentliche Wirkung der indirekten Steuern — wegen der wirtschaftlichen Schwäche gerade der ärmeren Bürger und bei den Weinen geringerer Qualität niemals und nirgends gelungen ist. Die Weinsteuer ist eine die armen Bürger sehr drückende Last, während sie den Besitzern der feinen Weingärten in dem sehr hohen Preise der Qualitätseinheit leicht abgewälzt wird, aber die Verzehrer dieser feinen Sorten doch wiederum nicht vernünftig trifft, da diese nicht mehr Steuern für ihre edlen Gläser zu zahlen haben, als der arme Konsument für ein saures Saftgetränk tun müßte. Sohn im Jahre

1893/94 versuchte die Reichsregierung ungeachtet dieser Bedenken eine Reichsweinsteuer einzuführen, stieß aber bei dem Parlament auf unüberwindlichen Widerstand, der sich bei einer Vorlage im Jahre 1895 in genau derselben Weise wiederholte. Damals hatte man allen Wein, auch den zum offenen Austausch bestimmten Flaschwein, besteuern wollen; im Jahre 1908 schlugen die verbündeten Regierungen dagegen vor, die Besteuerung für das Reich auf Flaschenweine zu befränken und sie nach dem Preis abzustufen; der offene Wein sollte der Landesbesteuerung überlassen bleiben. Grundsätzlich sollte nach dem Shaduw'schen Plan jede Flasche Wein in Deutschland, die mindestens eine Mark im Einzelverkauf kostete, eine Steuer von 5 Pf. tragen, zu der dann sechsfach abgestufte Zuschläge in Höhe von 10 Pfennigen bis zu 3 M. je nach dem Preise treten sollten.

Bereits in der ersten Lesung der Vorlage zeigte sich eine starke Gegnerchaft gegen sie im Reichstag, und das Werk würdig dabei war, daß auch alle konserватiven und nationalliberalen Agrarier, die sonst unbedingt jeder indirekten Steuer zustimmen, auch vor leiner noch so bedenklichen Belastung der notwendigen Lebensmittel zurücktraten, gegen die Weinsteuer stimmen, wenn und sobald sie Weinbaufreie vertraten! Hier erlebte man also das selbe Schauspiel wie bei der Zuckersteuer, für deren Herabsetzung die Agrarier aus Interesse an einer Steigerung des Abhanges eintreten, und wie bei der Tabaksteuer, wo auch ein paar in den Tabakbezirken gewählte Agrarier mit aller Schärfe gegen die Herrschaften, wie der konservative "Bauer" Sielermann, der Landwirt, Dr. Paeschke und der Häuptling des Bundes, der landesüblichen Schnaps- und Bierdeutler. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß es die Gerechtigkeit und die Volkswohlfahrt zuläßt oder gar verlangt, die Lebensbedürfnisse durch indirekte Steuern zu belasten, wenn man für die Heranziehung von Brot und Fleisch, Butter und Eiern, Kaffee und Tee, Zuder und Bier, Branntwein und Salz zur Steuer eintritt, dann hat man wahrhaftig keinen Grund, ja nicht einmal ein Recht, für die Freilassung des Weines zu sprechen und zu stimmen; nur der hat ein Recht, Weinsteuer abzulehnen, der auch die übrigen indirekten Steuern bekämpft, nicht aber derjenige, der, bloß um sein Mandat zu sichern, nach dem schändigen Grundfaß handelt: "Hilf, heiliger Florian, verschön mein Haus, günd' and're an!" Über so ist es einmal, zu den "idealen Gütern" der reaktionären Mehrheit des Reichstages gehört nicht nur das große Portemonnaie, sondern auch das Mandat — das ihnen die Macht gibt, jeden Steuergriff in besagtes Portemonnaie abzuwehren....

Nicht besser als im Plenum erging es der Weinsteuer in der Kommission und in einer Unterkommission. Sie wurde überall mit mehr oder weniger großer Mehrheit abgelehnt, zuletzt schon in der zweiten Beratung endgültig bestätigt. Anders gestaltete sich die Sache mit der Schaumweinsteuer. Eine Schaumweinsteuer mit Steuerbeträgen von 50 Pf. bis 2 M. für die Flasche besteht in Deutschland bereits seit dem Jahre 1902. Es war die erste Baudenksteuer, die in das Reichssteuersystem aufgenommen wurde. An die Einführung der Schaumweinsteuer knüpft sich ein bekanntes Märchen an, das in der Agitation des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine große Rolle gespielt hat und noch immer spielt. Es gibt nämlich Leute, die behaupten, die Sozialdemokratie habe seinerzeit durch ihren Vertreter im Reichstag erläutert lassen, der Gott sei ein Volksgetränk und dürfe daher nicht belastet werden; diesem schönen Satz fügt man dann gewöhnlich die ebenso schöne Geschichte von den Berliner Maurern an, die Gott aus Weißbiergläsern zu trinken gewohnt seien. In Wahrheit verhalten sich die Dinge so, daß der Vertreter der Sozialdemokratie in den Verhandlungen von 1902 dafür eintrat, den in Süddutschland zur Zeit der Obstrente vielfach hergestellten Fruchtbrandsteuer steuerfrei zu lassen, der in der Tat ein Volksgetränk ist und dessen Verzehr ganz gewiß keinen übermäßigen Luxus bedeutet, sinnemal er nicht teurer ist als ein gutes Bier. Was aber die Berliner Maurer gegen mit dem sogenannten Gott in den Weißbiergläsern anlangt, so wollen wir sie mit einem fröhlichen Brust bei ihrer angenehmen Beschäftigung sitzen lassen; sie sind für uns doch nicht erreichbar, denn sie wohnen — auf dem Mond!

Nach dem Shaduw'schen Vorschlag sollte die Schaumweinsteuer auf 1 bis 8 M. pro Flasche erhöht werden. So ist es denn auch trotz dem Widerstand der Sozialdemokratie, der sich auch die Liberalen nach der Berichtigung des Blodes anschlossen, gekommen. Die Sozialdemokratie warnt vor einer für die Reichsstaatlichkeit schließlich bedeutungsvollen Schädigung der Selbststeuer und einer entsprechenden Heraufsetzung des Balles auf eingeführten französischen Schaumwein, weil sich die Franzosen, die gerade mittleren in den Vorbereitungen zu einem neuen Zolltarif standen, die Abdichtung ihrer Ausfuhr nach Deutschland nicht gefallen lassen würden, ohne zu Segenmäßigkeit zu greifen. Und richtig! Raum hatte man in Deutschland den Ball auf französischen Schaumwein von 120 auf 180 M. in die Höhe getrieben, als Frankreich mit einer Zollerhöhung auf Bier und auf andere deutsche Erzeugnisse, so auf Spielwaren, Zigarettensteuern usw. antwortete, die erheblichen Zweigen unserer Goldwirtschaft schwere Wunden schlagen werden. Und das äußerste abzuhauen mußte die deutsche Regierung, den Schaumweinzoll schnell wieder auf 120 M. herabsetzen. Damit traf nun aber die Ungewissheit ein, daß die deutsche Schaumweinindustrie im Vergleich zur französischen durch die Zukunft

leitung nicht und verlangte sie von den Vertretern der Arbeiterschaft nichts mehr und nichts weniger, als daß sie erst dafür sorgen sollten, daß höhere Bierpreise gezahlt würden, dann — wollte man so gnädig sein und den Arbeitern auch etwas davon ablassen. Würde die Forderung der Brauerei auf 4 Mf. Erhöhung pro Hektoliter in Erfüllung gegangen sein, so hätte das einen Verdienst von circa 60 000 Mf. betragen; wären davon den Arbeitern pro Mann und Woche 2 Mf. Lohnaufbesserung zugeschlagen worden, was höchstens einer Ausgabe von 2500 Mf. gleichfährte, so wäre das ein ganz annehmbares Geschäft für die Betriebsleitung geworden. Natürlich könnten unsere Vertreter ebenso wenig wie das Gewerkschaftskartell sich auf ein solches Geschäft einlassen.

Nach vielen und langen Verhandlungen gelang es endlich, eine Verständigung auf folgender Basis zu bringen: Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9½ Stunden pro Tag verkürzt und die bestehenden Löhne werden durchgängig um 1 M. pro Woche erhöht. Als die erstmalige Ausszahlung erfolgen sollte, vertröstete man die Arbeiter auf die nächste Woche, weil der Aufsichtsrat seine Zustimmung noch nicht gegeben habe. Zur nächsten Lohnzahlung traf die Antwort ein, daß der Aufsichtsrat nicht zugestimmt habe, weil die Bierpreise nicht erhöht seien. Um aber „Entgegenkommen“ zu zeigen, erhielten fünf Mann je 1 M. zugelegt, und 17 Mann blieben unberücksichtigt. Diese Machinationen steigerten die Aufregung so, daß am Dienstag, den 22. März, eine fast allgemeine Arbeitsniederlegung eintrat. Die nicht erwartete Einmütigkeit der Kollegen vermochte es denn auch, daß nach kaum einstündigem Ausstand es gelang, nun die am 4. März gemachten Zugeständnisse auch ohne auffichtsrätliche Sanktion zu bewilligen. Der Aufsichtsrat, alias „reicher Onkel“, wird sich von der Betriebsleitung überzeugen lassen müssen, daß auch die Geduld der Arbeiter einmal ein Ende nimmt. Für die Brauereiarbeiter ist aber wiederum der Beweis geliefert, daß in einer einheitlichen Organisation die beste Gewähr für eine wirkliche Interessenvertretung gegeben ist. Es ist gewiß ein erhebendes Gefühl für die um ihr Recht kämpfenden Kollegen gewesen, als neben der Stuhe im

inneren Betrieb die hochbeladenen Bierwagen unberührt auf dem Hofe blieben. Die Übersicht auf die eigene Stärke ist bei den Saalfelder Kollegen erwacht und hat bereits eine schöne Feuerprobe bestanden. Kollegen allerorts: im gegebenen Falle beweist die gleiche Einigkeit.

+ Salzwedel. Tarifvertrag. Der mit der Vereinsbrauerei abgeschlossene Tarifvertrag brachte den Kollegen eine Lohnverhöhung von wöchentlich 2 Ml., Regelung der Überstunden, Bezahlung der Sonntagsjour von 11 bis 7 Uhr mit 2 Ml., Regelung der Bestimmungen nach § 616 B.-G.-B., Urlaub ohne Lohnabzug von 3 bis 5 Arbeitstagen. Bisherige Vergünstigungen dürfen nicht zurückgezogen werden.

In der Versammlung am 14. März erstattete Bezirksleiter Kollege Riepl Bericht über die Verhandlungen; die Kollegen stimmten dem Tarif zu. Riepl ermahnte die Kollegen, tüchtig zu agitieren, auch in den umliegenden Orten und Bier niedergelagen, was die Kollegen auch versprachen.

† Schönebeck a. Elbe. Tarifvertrag. Noch vielen unserer Kollegen in Erinnerung dürften die Vorgänge vom Jahre 1903 in der Kaiserbrauerei in Firma Allendorff sein. Nachdem es jahrelang versucht worden war, die moderne Organisation im Betriebe niederzuhalten, gelang es im Frühjahr 1903 einigen dort eingestellten organisierten Kollegen, noch eine Anzahl Verbandsmitglieder hinzuzugewinnen. Es wurden natürlich, schon in Stücklichkeit auf die dort vorherrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, bald Forderungen gestellt. Die Organisation wurde jedoch auf den Arbeiterausschuss verwiesen. Kurz vor Pfingsten 1903 wurde eine Anzahl Kollegen, und zwar auch verheiratete und solche, die schon längere Jahre im Betriebe tätig waren, gefündigt. Es waren die Gefündigten ausschließlich Organisierte. Herr Geheimrat Allendorff machte damals auch gar kein Hehl daraus, daß er bestrebt sei, die Organisation von seinem Betriebe fernzuhalten. Er erklärte seinerzeit noch, daß man es ihm nicht verdenken könne, wenn er die unzufriedenen Elemente wegschicke und die zufriedenen behalte. Über auf die Dauer die Organisation vom Betriebe fernzuhalten, war eben unmöglich. Schon seit etwa zwei Jahren sind die Arbeiter der Kaiserbrauerei in der Mehrzahl wieder organisiert. Nur unter den Brauern vermochte der moderne Zug noch nicht Eingang zu finden.

Im Vorjahr bereits wurde eine Lohnbewegung für die in der Kaiserbrauerei beschäftigten Kollegen vorbereitet. Kürzlich wurde ein Tarif eingereicht, dem man anfänglich seitens der Firma wieder auszuweichen versuchte. Mit dem Eintreten der Herren Illendorff jun. in das Geschäft ist auch etwas mehr Freiheit für unsere Kollegen eingezogen. Man versuchte zwar, auch diesmal wieder bei den Verhandlungen die Organisation auszuschalten. Als jedoch die Verbandsvertreter den Herren die Konsequenzen einer Ausschaltung der Organisationsvertreter bei einem solch

mer Ausübung der Organisationsvertreter bei einem jungen Prozentsatz organisierter Arbeiter in einem Betrieb voreiligten, liegen sie sich zu einer Verhandlung mit den Organisationsvertretern herbei. Einer der schwersten Punkte bei den Verhandlungen war, die Herren von ihrem zum Prinzip erhobenen Standpunkte auf Beibehaltung der Tagelöhne abzubringen. Aber dennoch kam es nach einer ziemlich ausgedehnten Unterhandlung zu einem auf zwei Jahre gültigen Tarifvertrag mit darin vorgeesehenen Wochenlöhnen für alle in der Brauerei beschäftigten Personen. Die Löhne werden durch den neuen Vertrag geregelt und erhöht. Die Überstunden, sowie alle an Sonn- und Feiertagen geleistenden Arbeiten werden mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde extra bezahlt. Die Vergütung für Pferdepflege an Sonn- und Feiertagen wird um 25 Pf. pro Person erhöht. Jeder zweite Sonntag ist völlig dienstfrei. Bei Nachschicht wird pro Woche 1 Mt. Aufschlag gewährt, für einzelne Nachschichten je 20 Pf. Die bis jetzt bestandene 24stündige Wechselschicht wird in eine 18stündige umgewandelt. Sofern Hilfspersonal die Arbeiten von höher entlohnten Personen verrichtet, wird auch der entsprechend höhere Lohn gezahlt. Für besondere Schuharbeiten werden Extrabüttungen gezahlt. Bei vor kommenden Krankheitsfällen wird vom 5. Krankheitstage ab auf die Dauer von 18 Wochen täglich 1 Mt. entschädigt. Bei militärischen Übungen erhalten ledige 1 Mt. Berherate 1,50 Mt. pro Tag auf die Dauer von 20 Tagen. Urlaub ohne Lohnabzug wird der Dienstdauer entsprechend in Höhe von 2 bis 5 Arbeitstagen gewährt. Außerdem bestimmt der Tarifvertrag, daß alle früher gewährten sonstigen Vergünstigungen auch zukünftig bestehen bleiben. Alle Gerechtigkeiten werden am ersten Ende durch die Organisation bestrebt.

Wenn auch die Bohnagagen keine so enormen waren und die Arbeitszeitverkürzung nicht durchzuführen war, so bedeutet der Tarifabschluß aber immerhin für die Kollegen einen Fortschritt gegenüber dem früheren System. Die Vorteile, die der Abschluß brachte, genießen alle Kollegen, auch die zurzeit dem Brauereiarbeiterverband noch fernstehenden. Es muß nunmehr derjenige bei der Firma Allendorff beschäftigte Kollege sich ermessen und dem Verband beitreten, damit nicht nur das Ziel während der Vertragsdauer aufrechterhalten, sondern nach Ablauf des Vertrages das Rechtswilligte nachgeholt werden kann. Darum, Ihr hochsinneder Kollegen, hinein in den Brauereiarbeiterverband!

Stettin. In der letzten Versammlung berichtete Stolle
holz über die Sohnbewegungen und Tarifabschlüsse in letzter Zeit.
Tarifverträge wurden abgeschlossen mit der Genossenschafts-
brauerei und der Rammensberggesellschaft. In der
Genossenschaftsbrauerei wurde eine Lohnverhöhung von 2 Ml. und
in der Rammensberggesellschaft von 3 Ml. pro Mann und Woche er-
reicht. ~~Die Sohnbewegungen~~ immer fortwährend zu sein, gegen
die Betriebsführer mit der Rammensberggesellschaft die hier schon
abgeurteilt haben. Und diese schwierigere Situation erfordert um so
mehr Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter. Auch mit der
Rammensberg-Brauerei haben drei Lohnverhandlungen
stattgefunden; die Verhandlungen wurden aber von Seiten der Ver-
bandsleitung abgebrochen, weil der jetzige Inhaber ein Ritterguts-
besitzer ist, der sich in den Gedanken unterstellt der Stettiner Arbeiter-

schaft nicht hincindenken kann und ihm als Böhmischa Verge vor kommt, wie die Kollegen eine Lohnforderung von 2 Mf. Zulage pro Woche stellen können. Auch hatte sich der Herr noch ausgelaßt, daß viel zu viel alte Leute im Betriebe wären, die doch die Arbeit nicht mehr leisten können, die man von ihnen verlangt und darum mühten diese entlassen werden. Es wurde ihm aber von der Verbandsleitung gesagt, daß er bei der Entlassung sehr vorsichtig sei möge, damit er keine Bekanntschaft mit der Stettiner Arbeiterschaft macht. Es wurde ihm auch gesagt, daß wir wiederlügen, wenn wir es für zweckmäßig hielten. Kollege Boldt legte den Kollegen ans Herz, in dieser jegigen schweren wirtschaftlichen Zeit sich immer mehr an allem zu beteiligen, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir gewillt sind, zu jeder Zeit und Stunde in den Kampf zu treten. Er gab ferner bekannt, daß sich auch die Kollegen von Neubauer und Wilke unserer Organisation angeschlossen haben, weil sie einsehen, daß nur durch den Verband bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen seien. Zum Kartellbericht wurde darauf hingewiesen, daß jeder Kollege darauf achten solle, daß in jedem Schanklokal organisierte Stettiner beschäftigt werden. Einem Antrag, einen Beamten für unsere Zahlstelle anzustellen, stimmte die Versammlung zu.

Korrespondenzen

Welsb. Am 12. März sprach Bezirksleiter Kollege Niepl in unserer Versammlung über: „Die Entstehung und Entwicklung der Organisation“ und feuerte die Kollegen an zur Agitation und zum festen Zusammenhalt, damit wir gerüstet sind, wenn unser neuer Tarif eingereicht wird. Die Kollegen werden hoffentlich aus den Gehörten die Ruhantwendung ziehen und dafür sorgen, daß baldigst alle Brauereiarbeiter dem Verbande angehören.

Ansbach-Günzenhausen. Kürzlich veranstalteten die Kollegen aus Ansbach eine Hausagitation in Günzenhausen und beriefen die dortigen Kollegen zu einer Versammlung ein. Leider erschienen nur drei Männer. Die Kollegen hatten sich schon vor zwei Jahren zusammengeschlossen, sie haben sich aber von den Unternehmern in 1 und 2 Mr. wöchentlicher Aufbesserung abspeisen lassen und sind dann wieder eingeschlafen. Die Verhältnisse dort sind noch ganz elende. Wöchentlich 7 bis 10 Mr. Lohn fain fröhlich Arbeitszeit.

elende. Wöchentlich 7 bis 10 Pf. Lohn, kein Frühstück, Arbeitszeit von früh 4 bis abends 7 Uhr. Im Postbräu, zugleich Hotel, ist er am schönsten. Dort schläft der Hausmeister unter der Badstiege; wenn er sich anziehen will, steht er im Hausegang. Ein heizbares Zimmer gibt es überhaupt nicht. Der Schalander ist gepflastert. Hier hätten die Fabrikinspektion manches zu tun. Die Kollegen müssen sich aber schon selber helfen durch Anschluß an die Organisation. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an den Kollegen der Brauerei Sameth in Weidenbach; diese werden in der nächsten Zeit einen Tarif eintreichen und werden den Kollegen von Ansbach in ihren Verhältnissen am nächsten stehen. Und wenn man die Verhältnisse in Ansbach mit den Verhältnissen in der Umgebung vergleicht, dann können die Ansbacher Kollegen der Organisation nicht genug danken für das, was letztere für sie geleistet hat. Deshalb müssen die Kollegen auch einig sein, um auch in Zukunft unsere Lage weiter verbessern zu können. Und ihr Kollegen in Gunzenbach, hinein in den Verband zu eurem Besten!

Berlin. Die am 17. März stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit den von hieriger Zahlstelle eingetragenden Anträgen zum Verbandstage 1910. Außer einem Antrag zur Geschäftsordnung für den Verbandstag 1910, nach welchem bei namenlichen Abstimmungen der oder die Delegierter eines Wahlbezirks soviel Stimmen haben sollen, als sie Mitglieder vertreten, betreffen die Anträge Änderungen der §§ 7, 17, 21, 22, 29 und 48. Ferner wird der Verbandstag für fämtlich Ungestellte des Verbandes einen Gehaltstarif aufzustellen haben. Ein weiterer Antrag geht dahin, daß die Zahlstellen ermächtigt werden sollen, im Einverständnis mit dem Hauptvorstande ein Ortsstatut zu erlassen. Sämtliche Anträge werden nach reger Diskussion angenommen und wird die Verschmelzungsfrage mit dem Mühlenarbeiterverband Gegenstand einer längeren Aussprache. Hierbei stießen die Meinungen hart aufeinander. So daß gab der Ansicht kaum, daß die eventuelle Verschmelzung unbedingt eine Beitragserhöhung zur Folge haben müsse, wolle man durch die erhöhten Ausgaben, die uns die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern bringe, nicht unsere Verbandskasse schwächen. Letztere

wäre für die Lage der Brauereiarbeiter sehr bedenlich. Man müsse nach reiflicher Überlegung aus den eben angeführten und aus noch anderen, ebenso wichtigen Gründen, zur Ablehnung der Verschmelzung kommen. Zur Annahme gelangt dann der Antrag Eröger: „Sollte der Verbandstag die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband beschließen, so tritt der Beschluss erst dann in Kraft, wenn durch Urabstimmung sich zwei Drittel der Mitglieder für die Verschmelzung erklären.“

Die Anstellung eines weiteren Beamten zur Agitation unter den Weiß- und Brauhierbrauereiarbeitern, welche vom Hauptvorstand angestrebt wurde, löste Widerspruch eines Teiles der Versammlungen aus, doch konnte sich der größte Teil der Versammlungen den Ausführungen des Hauptvorstehenden Egel und mehrerer anderer Fürsprecher nicht verschließen und wird auch diesem Antrage stattgegeben. Alsdann ermächtigte die Versammlung die Ortsverwaltung, den Delegierten zum Verbandstage einen dem Ansehen der Zollstelle Berlin entsprechenden Empfang zu bereiten.

Chemnitz. Am 13. März fand im „Volkshaus“ unsere Versammlung statt, die sich mit den Aufgaben des diesjährigen Verbandstages beschäftigte. Koll. Golbammer berichtete darüber und betonte, daß auch in diesem Jahre reichliche Arbeit bevorstehe, insbesondere die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern. Weiter wurden auch einzelne Anträge zum Verbandstag gestellt. Als Delegierter wurde Kollege Golbammer, als Ersthilfmann Koll. Trumpp einstimmig aufgestellt. Dann berichtete der Vorstehende über einige verledigte Differenzen, insbesondere über die Handlungsweise des Oberburschen Tei l der Brauerei R i c h a r d i n. Derselbe erlaubt sich, die Kollegen mit allen möglichen Schimpfworten zu bedecken und außerdem noch Schläge anzubieten. Gleichzeitig wurde auch die Einstellungswise des Braumeisters L a s c h e n b e r g e r der Bettin-Brauerei, Hartmannsdorf, kritisiert. Diese Beleidigung wurde durch die „Braumeister-Zeitung“, ebenfalls bestätigt.

der Brauer durch die „Brauernetz-Gesellschaft“ jedenfalls ausgabt, um, wenn auch nicht immer wachsene Bundesgesellen, so doch wenigstens keine organisierten Brauer zu bekommen. Zum Schlusse vermahte der Vorsitzende die Kollegen an ihre Pflicht.

Erläuterung. In unserer Versammlung am 6. März sprach Vorsitzender, Kollege Schuhlein, über den Zweck des Verbandsstages und erklärte den Kollegen das Innernbergessen der Verbandsorgane. Er ging die einzelnen Unterstützungsfälle durch und erklärte auch, was Wirken der Unterstützung aus der Kasse: wenn mehr herausgenommen werden soll, kann man auch mehr bezahlt werden. Einstimig wurde dann Kollege Quester, Abtigberg, als Delegierter zum Verbandstag aufge stellt und ein Antrag zum Verbandstag angenommen auf Verabredung der Karnevalzeit auf 8 Tage. Weiter wurde noch des näheren über die zustellende Lohnforderung besprochen.

Borchheim. Gießt der christlichen Organisationsgespalteter. Der Brauereiarbeiterverband hat sich schon seit einer Reihe von Jahren bemüht, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier zu schaffen. In der Brauerei zur Schönemuth ist ihm dieses seitens nicht unbedeutend gelungen. Doch hat die Hälfte der beschäftigten Arbeiter die "Krisen" und den "Krieg" verloren. Brauereigefüllte, die wie immer sich von den frei organisierten Arbeitern die Verhältnisse bessern lassen, um sich dann ins Gemüthe Bett zu legen, nützten sich auch in dieser Brauerei ein und genießen ihrer Bescheidenheit, was wir erkämpft. Um nun auch in Borchheim wieder mal die Kollegen zu gemeinsamer Aussprache zu be-

anlassen, hatte der Brauereiarbeiterverband auf den 28. März eine allgemeine Brauereiarbeiterversammlung einberufen. Jetzt erschienen auch die „Christen“ auf dem Plan. Flugs wurden Handzettel ausgeteilt und eine Versammlung auf den 22. März bei Herrn Schindler einberufen. Der „christliche“ Sekretär Striegel, ebenfalls noch mit der Rede über „Das wahre Gesicht der freien Gewerkschaften“, die er in Bamberg am Sonntag halten wollte schwanger ging, weil die dortigen frei organisierten Arbeiter deraum massenhaft in der Versammlung erschienen waren, daß Striegel ohne seinen „Speech“ losgebracht zu haben, mit seinen Getreuen abziehen mußte, unter den stürmischen Pfuschen der ganzen Versammlung, wollte nun sein Schwindelmärchen in Forchheim losbringen. Doch auch hier ging es dem Herrn Sekretär nicht besser. Die zehn erschienenen Versammlungssteile in Chemnitz ließen erklären, daß sie auf das „christliche“ Referat verzichten und Striegel müste wieder unverrichteter Dinge abziehen. Das muß hart sein, wenn die Leute auch in Forchheim schon nichts mehr von den „christlichen“ Sekretären wissen wollen. Die Versammlung, die am Mittwoch von dem so verhafteten Brauereiarbeiterverband einberufen war, erfreute sich eines zahlreichen Besuches und es ließen sich eine Reihe Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Kollegen wissen eben daß sie nur durch den Anschluß an den Centralverband Deutsche Brauereiarbeiter ihre Lage verbessern können und lehnen es ab

auf den Beim zu frießen, der so reichlich von diesen Arbeitern zerstückt werden wird, um solche zu fangen, die nicht aufzutreten werden. Sehr richtig betonte ein Kollege in unserer Versammlung, daß es sehr lehrreich für die Arbeiter sei, daß die Unternehmer sich ohne Unterschied der Konfession zusammen schließen und die auf das Seelenheil bedachten „christlichen“ Agitatoren nie den Versuch machen, die Unternehmer konfessionell zu organisieren. Zum Leidwesen dieser Arbeiterverräte dämmert es auch, daß der holste

Görlitz. Am 8. März tagte im „Konzerthaus“ eine scharf

Görlitz. Am 8. März tagte im "Konzerthaus" eine stattliche Versammlung. Das Hauptmotiv war eine Besprechung mit sämtlichen Beschäftigten der Görlitzer Aktienbrauerei. Die Direktion bedient sich gegen organisierte Kollegen wenig liebenswürdiger Ausdrücke, indessen scheint sich der Herr Braumeister insgeheim als Kunstgärtner große Mühe in der Steinzucht von gelben Sumpfpflanzen zu geben. Da einer Frau Landräthe innerhalb des Betriebes weniger Beschwerden beim Agitieren für den evangelischen Arbeiterverein gemacht werden, als unserer Kollegen außerhalb des Betriebes nach der Arbeitszeit, sah sich Bezirksleiter Klippel genötigt, dieserhalb bei der Direktion vorstellig zu werden, wo ihm auch Genugtuung wurde. Nun hielt er über diesen Punkt ein Referat und war auch gezwungen, den Bund als Arbeiterberater-Organisation zu entlarven. Infolgeder durchschlagenden Beweise sah sich der Vorsitzende des Görlitzer Bundesvereins genötigt, das Hasenpanier zu ergreifen und seine anwesenden Mitglieder in schmäler Weise im Stich zu lassen, um nicht gezwungen zu sein, in der Diskussion gegebenenfalls den

Wahrheit die Ehre geben zu müssen. Alle Anwesenden folgten mit Spannung den Ausführungen des Redners, und nachdem Hof-lege Schielau auf den Krebschäden der Berßplitterung unter der Arbeiterschaft hingewiesen, wogegen keine sachlichen Gründe im Feld geführt werden konnten, wurde diese imposante Versammlung geschlossen. — Die Bundesmitglieder werden aus dem Gehörten ersehen, daß nur der Brauereiarbeiterverband es ist, der die Interessen der gesamten Brauereiarbeiter vertritt. Darum hinaus aus dem Bünd und hin ein in den Brauereiarbeiterverband.

lung einnehmen und zeigen, daß sie auch würdige Anhänger der modernen Arbeiterorganisationen sind. Neben: „Die Notwendigkeit der politischen Organisation“ sprach Arbeiterselbstverwaltung Redner ausführlich über die im vergangenen Jahr im Deutschen Reichstag verfertigte Reichsfinanzreform, und bestonte, wie es damals die Vertreter der bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der Regierung fertigbrachten, einen unverschämten Raubzug auf die Taschen der unteren Volkschichten auszuführen, indem man das indirekte Steuersystem noch bedeutend erweiterte. An der Hand von Beispielen wies Redner nach, daß gerade diese Steuer den armen Arbeiter, gegenüber den vermögenden Leuten, am schwersten treffe. Das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion, den Steuerbedarf des Reiches durch eine Erbschafts- und Vermögenssteuer zu decken, lehnte erneut ab.

und Vermögenssteuer zu decken, lehnten jene Mehrheitsparteien zur Schonung der besitzenden Klassen ab. Dadurch haben jene ihre Arbeiterfeindlichkeit bewiesen und müssen deshalb das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Weiter verbreitete sich Redner über die gegenwärtige Strafprozeßordnung und betonte, daß auch hier im Interesse der Arbeiter eine dringende Änderung notwendig wäre. Des weiteren streifte er die gesetzliche Regelung des Vertragswesens und bewies mit einer Reihe von Beispielen, daß man es stets nicht fehlen hat lassen, das Vertragswesen auf allen Gebieten, wo es im Interesse der besitzenden Klassen lag, gesetzlich zu regeln, dagegen hat man sich zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages, wo es im Interesse der Industriearbeiter liegt, noch nicht verstehen können. So wären noch zahlreiche Beispiele anzuführen, wie wenig man Rücksicht stets auf die Wünsche der Arbeiterklasse nimmt. Hier wird nur dann eine Änderung eintreten, wenn die Arbeiterklasse mehr Einfluß auf das politische Leben gewinnt. Deshalb müssen wir Gewerkschafter unablässig für den Ausbau der politischen Organisation tätig sein. Hieraus gab Kollege Weiß den Kartellbericht, danach ist die Zahl der Gewerkschaftskollegen im verflossenen Jahr um ahezu 800 gestiegen. Auch sonst haben die sofer Gewerkschaften im verflossenen Jahre eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen, wie bei den Gewerbege richtswahlen und den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde, wo die Gegner (der liberale Arbeiterverein) eine schmähliche Niederlage erlitten hat. Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung bildete unsere Lohnbewegung. Hier hatte man dem von der Vorstands- und Vertrauensmännerstzung gemachten Vorschlag, den im Herbst v. J. eingereichten Kartellvertrag zurückzuziehen und den Unternehmern neue Forderungen zu unterbreiten, zugestimmt. Der hierauf von der Kartellkommission vorgeschlagene Entwurf wurde nach reiflicher Prüfung angenommen, und der Vorstand beauftragt, im günstigen Moment denselben den Unternehmern

Dann gab der Vorsthende bekannt, daß verschiedene Differenzen mit einigen Brauereien zu unseren Gunsten erlebt wurden. Werner soll in nächster Zeit der Vorstand mit den Brauereidirektoren in Verbindung treten, um einer Arbeiterentlassung wegen des zu erwartenden Konkurrenzangriffes vorzubeugen. Am Schlusse verabschiedeten sich auch wieder einige bekannte Mitglieder des Böttcherberbundes und piffen ihr altes Sieb. Sie taten uns und bei allgemeinen Sache einen Gefallen, wenn sie unseren Versammlungen fernbleiben, denn wir haben wichtige Fragen zu erledigen, die zum Nachteil und im Interesse unserer Mitglieder liegen, und ferner kann Gott weiß kein persönlichen Streit zwischen dem Vorstand und dem Böttcherberbunde bestehen.

Brauereiarbeiter-Zeitung

Kaiserslautern. Unsere Generalversammlung fand am 6. März statt. Nach dem Jahresbericht betrug die Einnahme 325 M., an Unterführungen wurden ausgezahlt 106 M., an die Hauptfasse gefunden 116,85 M. Versammlungen fanden 15 statt. Die Mitgliederzahl ging um 2 zurück, doch ist sie im neuen Jahre schon wieder um 16 gestiegen, und wenn sich ein jedes Mitglied Mühe gibt und agitiert, dann muß und wird das Jahr 1910 ein weit besserer Neujahr aufweisen. Also auf zur Agitation, Kollegen!

Magdeburg. In der Versammlung am 6. März hielt Genosse Werner einen interessanten Vortrag über die Tarifverträge in Deutschland und forderte zum Schluß die Kollegen auf, Leser der Arbeitspresse und Mitglied der politischen Organisation zu werden. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Fischer vorgeschlagen. Kritisiert wurde der schlechte Versammlungsbetrieb und wurden die Kollegen aufgefordert, in der Zukunft dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht werden, denn es sind doch unsere Zusammenkünfte nur dazu da, um unsere wirtschaftliche Lage zu besprechen. Hoffentlich sind am 3. April alle Männer zur Stelle.

Osnabrück. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes in der Generalversammlung fanden im Vorjahr 12 Versammlungen und 12 Vorstandssitzungen statt, ferner zwecks Erneuerung des Tarifvertrages 6 Sitzungen und 2 Geschäftsbesprechungen. Differenzen wurden 4 erledigt. Die Jahreseinnahme betrug 1291,35 M., die Ausgabe 324,28 M., an die Hauptfasse wurden gesandt 956,57 M. Um den fortwährenden Streitigkeiten, welche immer tiefer einrissen und ein kollektives Zusammenarbeiten unmöglich machten, aus der Welt zu schaffen, wurde beantragt, Kollegen Strube aus dem Verband auszuschließen. In der Versammlung am 13. März teilte der Vorsitzende mit, daß der Hauptvorstand dem Ausschlußantrag stattgegeben habe. Wie verschiedene Kollegen erklärten, lasse Et. aber seine Hörer nicht. Die Kollegen beschlossen, sich dies nicht länger gefallen zu lassen. Zum Schluß wurde zum Beitrag zum Komitee aufgefordert und zur Propaganda für die Arbeitspresse. Drei Kollegen ließen sich aufnehmen.

Schweidnitz. Am 6. März fand eine gemeinsame Versammlung für die Kollegen von Schweidnitz, Freiburg, Görlitz und Striegau in Schweidnitz statt, welche auch gut besucht war. Kollege Auerbach-Dresden sprach über: „Zweck und Nutzen der Organisation und deren Feinde.“ Der mit Beifall aufgenommene Vortrag und die daran anschließende Diskussion bewies, daß auch die dortigen Kollegen heute von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt und bestrebt sind, dieselbe weiter auszubauen. Als es vor einigen Jahren möglich war, durch die Organisation, welcher sich der größte Teil der Kollegen in Troischtitz-Schweidnitz und Freiburg angegeschlossen hatten, Lohn erhöhung, Arbeitszeitverkürzung und sonstige Verbesserungen herbeizuführen, glaubten die Kollegen, dem Verband den Rücken kehren zu können, da für sie gesorgt sei und sie den Verband nicht mehr nötig hätten. Nur allzuhalt hielten sich die Folgen ein. Es wurden nebst den Vereinbarungen eingehalten, noch die Lohnzulagen gewährt. Wußten doch die Brauereibesitzer, daß sie es mit unorganisierten zu tun hatten, und Lohn- und Arbeitsverhältnisse nun willkürlich festzulegen könnten. Hier hat sich recht deutlich gezeigt, welchen Nutzen eine Organisation hat, und daß auch nur imstande ist, Vereinbarungen aufrechtzuhalten. Wenn sich heute wieder ein großer Teil der Organisation angeschlossen hat, so ist nur zu hoffen, daß sie aus dem Vergangenen die Lehre ziehen und von nun an fest und treu zu ihrer Organisation stehen. Sind jetzt 21 Mitglieder für Schweidnitz vorhanden, so mag jeder einzelne Kollege dazu beitragen, daß sich auch alle übrigen Kollegen der Organisation anschließen, und zwar der für alle in den Brauereien Beschäftigten: dem Brauereiarbeiterverband! Dort werden ihre Interessen voll und ganz gewahrt.

Strohsburg. Was die Organisation macht. Wieder hätten unsere Kollegen einen Ruhm erhalten, wenn sie ihn auch beziehen wollten. In der Brauerei Gruber u. Cie. in Strohsburg tut die Direktion Reklamationen gewöhnlich darum ab: „Büßt oder gesäßt“ ist nicht, dann kann es gehen! Nun ist es auch wieder vorgekommen, daß ein Fleischarbeiter 1 M., zwei Fleischarbeiter 2 M. und ein Bierfahrer 2 M. pro Woche weniger Lohn bekommen, als im Tarif festgesetzt ist. Auf eine Reklamation unseres Bezirksleiters wurde die Angelegenheit geregelt, nur meinte Direktor Seefan: „Muß man denn da immer gleich zum Bezirksleiter laufen?“

Es sollte aber nicht lange dauern, da hat es sich schon bewiesen, wie notwendig die Organisation ist. Ein unorganisierte Fleischarbeiter hatte aus obigem Vorgang Nutzen gesäfft und verlangte auch seinen Tariflohn. „Das, du bist nicht zufrieden? Kannst geben, wenn's dir nicht mehr paßt.“ war die Antwort der Direktion.

Alois wieder ein Beispiel. Da wollen die Kollegen immer den Beitrag zur Organisation sparen und schenken dabei den Brauereien weit mehr. Es wäre endlich Zeit, daß die Brauereiarbeiter von Strohsburg und Umgebung aus solchen Vorgängen die richtigen Lehren ziehen und sich der Organisation anschließen. Aber auch an unseren Mitgliedern liegt es, solche drastische Erfolgsnäthe zu brauchen und die aus jenseitenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen. Gescheht dies mit dem nötigen Nachdruck, dann dürfte der Erfolg nicht ausbleiben und auch Strohsburg wird dann auf die Höhe in der Organisation kommen, wo es schon lange sein sollte.

Ulm. Seit der Lohnbewegung vom Jahre 1906 in Ulm haben sich die heimischen Brauereiarbeiter zu keiner Versammlung mehr je zahlreich eingefunden, wie zu der am 5. März. Das Thema lautete: „Die am 1. März in Kraft getretene Bierpreiserhöhung und die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter“. Gemeinschaftsleiter der Zunft beklagte zunächst, daß die heimischen Brauereiarbeiter bei der Tarifbewegung im vorjährigen Jahre an ihrer Organisation so wenig Interesse gezeigt haben, insowohl es den Unternehmern leicht gemacht wurde, nach einer Tarifvereinbarung zu entziehen. Bei ihrem Vorhaben, den Bierpreis zu erhöhen, hat der Vorsteher des Bezirkverbandes den Vertretern der Arbeiterschaft Mitteilung gemacht, es hat dann endgültig eine gemeinsame Aussprache stattgefunden und wurde unter anderem auch die Tarifangelegenheit der Brauereiarbeiter von neuem wieder aufgegriffen. Bei dieser Aussprache wurde von den Vertretern der Arbeiterschaft zu vernehmen gegeben, daß jeder Vertreter den Bierpreis zu erhöhen, seinesfalls der organisatorischen Arbeiterschaft auf größtmöglichen Widerstand stoßen wird, wenn die Herren sich nicht beruhigen, um eine genügende Garantie zu bieten, daß endgültig das Tarifverhältnis mit den Brauereiarbeitern erledigt wird. Die Herren Vertreter der Brauerei haben sich dementsprechend verpflichtet, in der nächsten Zeit längstens aber bis zum 15. April in Tarifverhandlungen einzutreten. Als Vorsteher zu diesen Verhandlungen wurde der Gemeinschaftsleiter Herr Schäuble benannt und ist dadurch Gewalt gehabt, daß diese jedoch noch abjetzt geleitet werden. Seither haben sich die Brauereiarbeiter zu einem zeitigen Zeitpunkt Beratungsrat einzufinden. Die Brauereiarbeiter haben es in höchster, die genaue Tiefen anzugehen und bei Erörterung höherer Lohn- und Arbeitsverhältnisse der anderen Arbeiterschaft um diese bemüht.

Herr Schäuble appellierte in eindringlichen Worten an die Kenntnis der Kollegen und forderte die zahlreichen Versammlungen auf, an der Bekämpfung ihrer wirtschaftlichen Lage kostspielig mitzuwirken. Was aber nun geschehen kann, wenn die Brauereiarbeiter erkannt haben, daß für sie die Organisation eine Sicherheitsgarantie geworden ist?

Kollege Holzhausen befürchtet noch nicht eingehend mit dem Tarifvertrag und erwartet die einzelnen Beschlüsse desselben in

einer übersichtlichen Weise. Wenn infolge der schlechten Organisationsverhältnisse im vorigen Jahr der Tarif unter bedeiden Verbesserungen nicht erneuert werden könnte, so sind weniger die Unternehmer, als die Arbeiter selbst schuld. Ein großer Teil der Kollegen sieht alle gutgemeinten Vorengungen und Mahnungen, der Organisation beizutreten, unbeachtet, in der Erwartung, daß sie an den Verbesserungen, welche durch die Organisation geschaffen werden, den gleichen Anteil nehmen können. Eine solche Handlungsweise kann nicht scharf genug verurteilt werden. Sollte dieser Standpunkt auch jetzt bei einem großen Teil der Kollegen noch vorherrschen sein, dann wäre man gezwungen, zu erwägen, ob der evtl. Abschluß eines Tarifvertrages auch für die unorganisierten Arbeiter Gültigkeit hat. In der Diskussion gab ein Vertreter der Maschinisten und Heizer bekannt, daß ein Auch-Kollege, wohl aus hundischer Untertüchtigkeit, seinem Prinzip alles vertraten hat, was der Verband im vorigen Jahr zur Durchführung bringen wollte. Kollege Vogel hieß die Ausführungen des Kollegen Holzfurth für gut und munterte die Anwesenden auf, in der Agitation noch mehr zu schaffen, als dies bisher der Fall war.

Ein erfreuliches Resultat zeigte die sehr gut besuchte Versammlung, indem sich 23 Kollegen in unserer Organisation aufnahmen ließen. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die neu eingetreteten Mitglieder auf, der Organisation treu zu bleiben und den günstigen Zeitpunkt nicht nutzlos verstreichen zu lassen und auch mit zu agieren, damit die noch Fehlenden auch für die Organisation gewonnen werden.

Rundschau.

Bundes-Budsch, der Verbandskünstler.

Wir hatten kürlich zu berichten, daß dem Vorsitzenden des Breslauer Bundesvereins, Budsch, die Polizeiautoden auf die Wahlrechtsdemonstranten noch nicht scharf genug waren und er den frommen Wunsch äußerte: „Hätte doch die Polizei die ganze Bande mit dem Säbel in den Stadtgraben getrieben!“ Die Wettfärbigung dieser Roheit muß wohl in Budsch Schau erzeugt haben, denn er fand nach dem Bureau unseres Verbandes, um Mitglied des Verbandes zu werden mit der Begründung:

„er hätte den Vorsitz bei den Gelben nur deshalb übernommen, um gelegentlich sämtliche Gelle in das rote Lager führen zu können“. Trotzdem ihm gelöst wurde, daß wir solche Leute in unserem Verbande nicht brauchen können, versuchte er es $\frac{1}{2}$ Stunden lang mit der Überredungskunst, um zum Ziele zu gelangen und unserer Verwaltung klar zu machen, daß er kein Feind des Verbandes sei. Als ihm dieses nicht gelang, kam bei ihm wieder die alte Geißlung zum Vorschein, er ging heim und schrieb einen Artikel für die gelbe Streitbrecherzeitung, ganz im Jargon desselben, mit den üblichen Beschimpfungen des Verbandes. Ja, in Siegersdorf häuflein gibt es solche Leute. Ob keine besseren mehr unter ihnen zu finden sind?

Streikbruch und Streitbrecherlieferung des „Bundes deutscher Brauergesellen“.

Die „organisatorische“ Tätigkeit des „Bundes deutscher Brauergesellen“ ist eine Kette von Streikbruch und Streitbrecherlieferungen; nur dadurch fristete er seine Existenz. Das Material über die Streitbrecher des „Bundes“ ist ja teilweise zur gegebenen Zeit in unserer Zeitung veröffentlicht worden. Es ist aber nicht vollständig, und deshalb ergibt das Erstehen an alle Kollegen, dem Hauptvorstand das über Streitbrecher und Streitbrecherlieferung des Bundes mitzuteilen, woson sie Kenntnis haben, möglichst unter Angabe der Daten und Namen. Ist letzteres nicht möglich, dann teile man das sonstige Notwendige mit.

Verbandsnachrichten.

Vorstandshu.: Spitalstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Notiziärkalender für 1910

Und noch eine Anzahl Exemplare vorhanden. Preis 50 Pf. Jedes Mitglied sollte im Besitz eines Kalenders sein. Bestellungen sind zu richten in den Zahlstellen an die Vorsitzenden, Einzelmitglieder an den Vorstand.

R a c h u f .
Am 23. Februar verließ unverhofft unser Kollege, der Brauer Franz Watzke, ohne seinem Andenken.

Die organisierten Kollegen der Brauerei Schreypp, Karlsruhe.

Wir sprechen unser besten Dank aus für das schöne Hochzeitsgeschenk den Berndtschölligen Brauerei Bamberg.

Peter Schlegelhaner und Frau Sophie.

Unser Kollege Wilhelm Thomeier und seiner lieben Frau zur Vermählung wünschten die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Bönen-Brauerei Frankfurt a. M.

Zum Vermählung unserem Berndtschölligen Brauerei Rehbergs Sohn, junger Brauer und seiner lieben Elise Gosef die besten Glückwünsche.

Die Berndtschölligen des Bürgerbrau. Bell-Straße.

Den Kollegen der Gussmannsdorf 2. M. Brauer und für die Gussmannsdorf und das kleine Hochzeitsgeschenk herzlichst danken.

Eduard Schäuble sehr gern.

Unserer Berndtschölligen Brauer und seiner lieben Frau am 2. März Berndtschölligen Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Brauerei — einer der Brauereien — Frankfurt a. M.

Unserer Berndtschölligen Brauer und seiner lieben Frau am 1. März Berndtschölligen Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Berndtschölligen berichtet Berndtschölligen Brauer.

R a c h u f .
Am 21. März verschied nach langem Leid unser Kollege, der Bierbrauer Enrico Herber.

Im Alter von 36 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.

Die Kollegen der Zahlstelle Elberfeld.

Am 23. März starb innererletzt nach langer, aber schwerer Krankheit, in der blüte seines Lebens unser unvergessener Kollege Ernst Siebert.

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.

Die Kollegen der Zahlstelle

Göttingen.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher.

Paul Vergmann, Brauer, Buch-Nr. 1638, geb. 22. 5. 62 in Weichenbach i. S., eingetreten 28. 10. 06 in Berlin. Vergmann hat Duplikat mit gleicher Nummer erhalten; nur dieses ist gültig.

Eingänge der Hauptfasse

vom 21. bis 27. März.

Für Beiträge: Paris 17,05. Glauchau 96,50. Mühlberg 3,50. Sonnenberg 100,—. Zwiesel 2,80. Gmünd 100,—. Magdeburg 200,—.

Für Intervate: Dresden 2,10. Nadeberg 2,11. Berlin 2,10. Greiz 2,10. Meißen 2,10. Waldkirch 2,10. Braunschweig 2,10. Lindau 2,50. Frankfurt a. M. 2,10. Stuttgart 2,10. Darmstadt 2,10. Hannover 2,10. Eisenach 3,20.

Für Abonnements: Frankfurt 5,40; Freiburg 7,56.

Für Notizzettel: Frankfurt a. M. 4,—. Frauenfeld 4,80. Bellingen 1,12. Darmstadt 26,50. Hamburg 125,—. Braunschweig 11,50.

Materialversand.

Hollbus 10 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 50 Pf. Eschwege 1000 Marken a 50 Pf. Frankfurt a. O. über 800 Marken a 50 Pf. Görlitz 2000 Marken a 50 Pf. Trier 50 Marken a 50 Pf. Hamm 20 Mitgliedsbücher. Meß 50 Marken a 50 Pf. Koburg 200 Marken a 50 Pf. Schonebeck 100 Marken a 50 Pf. Gernrode 400 Marken a 50 Pf. Witzenberg 600 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bezirk 4. (Sitz Hamburg). Bezirksleiter G. Lub, ab 1. April Hamburg 3, Zeughausmarkt 44, Fernsprecher Amt V 1688.

Chemnitz. Der Brauer Ernst Liebsch, bisher in Döbeln, wird um sofortige Abrechnung seiner Marken erucht an Paul Goldamer, Lützowstr. 9, Chemnitz.

Erlangen. Vorsitzender: Eg. Strauß, Feldstr. 18.

Hannover. Wir sehen uns vor kurzem veranlaßt, an dieser Stelle vor einem Brauer Wilh. Lübbeking zu warnen, welcher sich durch die falsche Angabe, er sei Vertrauensmann, Gelder zu erschwinden suchte. Dieser Geharnisch entprang aber, wie wir jetzt feststellen können, einem krankhaften Zustand, welcher sich so weit verschlimmerte, daß er einer Heilanstalt aufgeführt werden mußte. Er war im vorigen Jahr infolge eines Sturzes auf den Kopf vom Militär entlassen worden. Seit dieser Zeit verschlimmerte sich sein Zustand derart, so daß jetzt bei dem unter diesen Umständen bedauernswerten jungen Mann Gehirnerweichung festgestellt wurde.

Künzberg. Bei dem nächsten Entlassieren der Beiträge haben die Mitglieder der Sterbefasse (Alter Verein) infolge Todesfalls die Sterbeumlage von 60 Pf. zu bezahlen.

Versammlungsanzeigen.

Sonntag, den 2. April.

Amsterdam. 8½ Uhr „Hotel Rotterdam“, Beesperplein. Ref.: Wynkoop. Kaiserslautern. 8½ Uhr „Zur Burg“, Steinstr. 20. Oberenburg. 8 Uhr „Vereinshaus“, Kelsenstraße. Pirmasens. 8½ Uhr bei Wolff Schütze, Danielshofstr. 23.

Sonntag, den 3. April.

Achaffenburg. 3 Uhr „Gasthaus zum Stift“. Berlin. 1 Uhr „Zeenpalast“. Karlsangelegenheit. Darmstadt. 2½ Uhr in der „Harmonie“ zu Eberstadt. Einbeck. 2½ Uhr „Gewerbeschthaus“. Halle a. S. 4 Uhr bei Köppchen, Unterberg 12. Hamm. 2 Uhr bei Königsl. 34. Künzberg u. Umg. 2½ Uhr „Gasthaus zum Schwan“ in Rudolfzell. Magdeburg. 2 Uhr bei Bopien, Moosburg. Randstadt, Haag, Martenberg, Neuern u. Umg. „Mefour“ z. „Cheim“ in Mörsburg. Verlagszählung und Neuauflagen. Mühlhausen i. Th. Wirtschaft Burgart, beim Bauhof in Dornach. Potsdam. 7 Uhr bei Portmünster, Kaiser-Wilhelm-Str. 38. Siegen. Bei Frante, Poststr. 19. Speyer. 2 Uhr Lokal „Römischer Kaiser“.

Montag, den 4. April.

Anna. 8 Uhr bei Jung.

Mittwoch, den 6. April.

Harburg. 8½ Uhr bei Fritz Dringelburg.

Donnerstag, den 7. April.

Bremerhaven. 8 Uhr „Gasthaus zur Eiche“.

Sonntag, den 10. April.

Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Die Adresse des Kollegen Binzenz Trautmann, geb. 3. Dorndorf, Oberau Laupheim wünscht Kollege Zober B